

ERNST KLETT VERLAG
Archivexemplar

JÖRG DREWS

Über Israel, verwirrt und entsetzt

Wir waren mit einem arabischen Bus vom Damaskustor in Ostjerusalem an diesem strahlenden Frühlingstag nach Jericho hinuntergefahren, spazierten durch die wie ausgestorbene Stadt, gingen durch die Gärten und Felder, streunten in einem Wadi herum, betrachteten Bananenstauden und Bougainvillea und Schafherden und liefen am Spätnachmittag wieder in die Stadt zurück, um den letzten Bus oder ein Sammeltaxi nach Jerusalem zu erwischen. Wir hatten keine Angst, denn Jericho galt auch im fünften Monat der Intifada als Ort, an dem – mit wenigen Ausnahmen – nichts Schlimmes passiert war oder passieren würde; obendrein konnten wir uns darauf verlassen, daß die Araber schließlich einen guten Blick dafür haben, daß sich da ein europäisches, nichtjüdisches und kein israelisches Paar herumtrieb. Kein Kunststück, in der sonnenüberglänzten Gegend um Jericho, dieser Mischung aus Wüste und Garten, im überwältigenden Anblick der judäischen und der jordanischen Berge die Zeit zu vergessen; da war dann der letzte Bus weg, das Sammeltaxi auch, und ein Einzeltaxi nur für uns wäre sehr teuer gewesen. Wir versuchten es also mit Autostopp, hatten aber kein Glück bei den wenigen Wagen, die noch fuhren, und nun erst, da die Dämmerung hereinbrach, mußten wir uns ernsthaft überlegen, wie die 35 Kilometer nach Jerusalem an diesem Abend noch zu schaffen wären. Ganz einfach: Man stellt sich an die Ausfahrt des israelischen Militärlagers am Ortsausgang von Jericho und winkt ein bißchen – das Militär wird einen da bestimmt nicht stehenlassen, wenn's dunkel wird im besetzten Gebiet. Das funktionierte auch; wir standen kaum fünf Minuten, da hatten wir schon in einem Kombi unseren militärischen Lift nach Jerusalem, und dreißig Minuten später standen wir wieder im friedlich geschäftigen westlichen Teil von Jerusalem.

Nur einen kleinen Zwischenfall hatte es während der fünf Minuten Wartezeit am Militärlager gegeben; die Sache dauerte vielleicht vier Sekunden. Von der Landstraße bog ein Kleinlaster der Armee zur Militärstation ein. Auf der offenen Ladefläche saßen zwei israelische Soldaten mit der Uzi im Anschlag, und es standen darauf zwei junge Araber mit den Händen auf dem Rücken, gefesselt an das Gestänge über der Ladefläche, mit verbundenen Augen. Wir hatten sie kaum wahrgenommen, da war der Kleinlaster schon hinter der Baracke verschwunden.

Der Anblick ist mir deshalb so unvergeßlich, weil ich schockartig schnell sah, was ich abstrakt natürlich schon längst kannte: das neue Israel. Zu dem Zeitpunkt waren wir schon über zwei Monate im Land und hatten in Gesprächen, aus Zeitungen, im Fernsehen, auf den täglichen Fahrten mit dem Bus 23, der uns durch den arabischen Teil Jerusalems zur Universität brachte, erfahren und wahrgenommen, was im Land los war. Aber der Anblick gefesselter Palästinenser mit verbundenen Augen, nicht im Fernsehen, nicht auf Fotos in der Zeitung, sondern real, und direkt vor mir, auf dem Weg zum Verhör

in einem Militärlager – das machte die durch den Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten und durch die Unterdrückung des Aufstands gekennzeichnete Situation in Israel bzw. Palästina atemberaubend konkret deutlich. Von Europa aus denkt man ja, überall in Israel herrsche der Ausnahmezustand, überall seien Unruhen und Soldaten. In Israel dagegen merkt man, daß die Zusammenstöße zwischen Palästinensern und israelischem Militär immer wieder nur an vergleichsweise wenigen Stellen und eben nur in den besetzten Gebieten stattfinden. Und dort kam schon vor der Intifada ohnehin kaum jemand hin – wer wäre also jetzt als Zivilist so verrückt, freiwillig nach Nablus, Hebron oder gar Gaza zu fahren, abgesehen davon, daß man es inzwischen wahrscheinlich auch an den meisten Tagen gar nicht dürfte. Das heißt, es ist möglich, ein von der Existenz von Arabern im Lande und auch speziell von der Intifada ganz unberührtes Leben in Tel Aviv oder Haifa zu führen, und sogar in Jerusalem kann man das arabische Ostjerusalem meiden. Auch in Israel hat also für die Mehrheit der Bevölkerung der Aufstand fast nur Medienrealität; er passiert irgendwo in den besetzten Gebieten – und überhaupt will man es so genau gar nicht wissen, denn der Aufstand stellt alle vor unbequeme Fragen, die man erst allmählich an sich heranläßt.

Anblicke, wie der nur Sekunden währende in Jericho sind also sehr rar, und solche Anblicke bringen auch die in Schwierigkeiten, die als Nichtjuden grundsätzlich solidarisch sind mit dem Projekt Israel. Der Aufstand, die »Intifada« (wörtlich: der Vorgang des »Abschütteln des Jochs«) konfrontiert einen mit der Frage, welche Aspekte der Existenz und Geschichte Israels man bisher als Ausländer und vielleicht speziell als Deutscher nicht wahrhaben wollte oder nicht voll realisieren konnte, und wie man es jetzt fertigbringt, grundsätzlich und auch weiter zu diesem jüdischen Staat zu stehen, zugleich aber gewisse Aspekte der israelischen Politik und insbesondere der Besatzungspolitik seit 1967 zunehmend entsetzt wahrzunehmen und strikt ablehnen zu müssen. Das Nachdenken über die Berechtigung der Intifada aber verleiht dann nur der Revision des Bildes, das man sich als Deutscher von Israel gemacht hat, größere Dringlichkeit; die Intifada und die israelische Reaktion darauf bringen nur in Erinnerung, was als Problem schon lange existierte.

Diese Revision der Einschätzung Israels führt zu keiner neuen Klarheit, sondern zunächst nur zu gesteigerter Ratlosigkeit. Selbst wenn einem die Begeisterung der deutschen Öffentlichkeit über die Effizienz und Blitzartigkeit des israelischen Sieges im Sechstagekrieg von 1967 schon verdächtig war: dieser Krieg selbst war in höchstem Maße ein Verteidigungskrieg. Zweifel an Israel setzen mit gutem Grund erst danach an; sie betreffen vor allem das Verhalten Israels nach der ägyptischen Friedensoffensive, die als Chance gar nicht wirklich von den Israelis genutzt wurde, sondern – scheinbar schlau – einzig in einen Separatfrieden mit Ägypten umgemünzt wurde. Im Anschluß an Camp David wäre der Friedensprozeß voranzutreiben gewesen, aber nach der Rückgabe des Sinai an Ägypten zeigte sich, daß nicht nur die israelische Regierung, sondern auch die israelische Öffentlichkeit sich ungenau und unentschieden verhielt, was die Frage der Westbank und des Gazastreifens anging. Im Grunde schob man eine Entscheidung auf in der vagen Hoffnung,

die Lage in den besetzten Gebieten werde so ruhig bleiben, daß man nicht zu schärferen Unterdrückungsmaßnahmen würde greifen müssen; zugleich war klar, daß man mit einer förmlichen Annexion der Westbank unkalkulierbare Reaktionen der arabischen Welt und der Weltöffentlichkeit hervorrufen würde. Außerdem hätte man im Falle der Annexion ja der Bevölkerung der neuen Gebiete das volle Wahlrecht geben müssen, und damit wäre nicht nur über ein Viertel der Knesset-Abgeordneten arabisch bzw. palästinensisch gewesen, sondern dies hätte de facto die Entwicklung Israels zu einem binationalen Staat, den man doch ablehnt, beschleunigt. Ein Großteil der heutigen israelischen Schwierigkeiten rührt daher, daß man dem Traum nachhing, die Westbank würde irgendwie »araberrein« werden (diesen deutschen Ausdruck benutzte der scharf regierungskritische ehemalige General Matitjahu Peled); da aber weder Annexion möglich noch Massendeportation vertretbar bzw. politisch durchsetzbar erschienen – Bevölkerungsabschiebungen in großem Stil werden konsequent nur von Minoritäten des israelischen Spektrums gefordert –, ließ man die Gebiete einfach weiter unter militärischer Verwaltung. Ebenso unentschlossen verhielt man sich in der Frage der Siedlungen; einerseits ließ man ihren Bau zu, wollte aber offenbar andererseits die Siedlungsbewegung nicht allzu große, allzu auffällige Dimensionen annehmen lassen, schaute jedoch tatenlos (oder in heimlichem Einverständnis) zu, während die Siedler immer mehr vollendete Tatsachen schufen – jene Siedler, die Schimon Peres in einem Zornesausbruch in der Knesset heftig beschimpfte, ohne aber nun wiederum eindeutig gegen die Siedlungen Stellung zu beziehen. Der vorstehende gewundene Satz stellt genau die gewundenen Haltungen und Aussagen (und die windelweiche Haltung von Peres) zum Problem dar, jedenfalls soweit diese öffentlich erkennbar wurden.

Denn angesichts dessen, was in der israelischen Politik langfristig bisher geschah, hat man bisweilen den Eindruck, daß häufig unter der Hand und trotz allerlei parlamentarischen und publizistischen Feldgeschreis auch die beiden Koalitionspartner bzw. ihre Parteien sich – auch schon in den Zeiten von Schamir/Peres – einig darin waren, nach und nach vollendete Tatsachen in den besetzten Gebieten entstehen zu lassen. In diese Situation der halb auch taktisch kalkulierenden Verdrängung der Probleme platzte der Beginn der Intifada im Dezember 1987, die sich übrigens nicht nur gegen die fortdauernde israelische Besetzung richtete, sondern zugleich der erschrockenen Ahnung entsprang, daß vielleicht auch die PLO sich nicht mehr mit aller Intensität um das konkrete Problem kümmerte, daß offenbar aber vor allem die arabischen Staaten rings um Israel eigentlich dies lästige Palästinaproblem am liebsten vergessen, zumindest auf unbestimmte Zeit vertagt sehen würden. Die israelische Führung war vom Aufstand genauso überrascht wie die PLO; letztere allerdings wußte das Momentum dann zu nutzen und die Zeichen richtig zu deuten.

Das Erschrecken über das Verhalten der israelischen Regierung und des Militärs bei dem bis heute erfolglosen Versuch, den Aufstand kleinzuhalten – denn absolut niederzuschlagen ist er nicht; daher auch die irritierte Brutalität der Soldaten –, verschärft die Wahrnehmung weiterer Veränderungen der

israelischen Gesellschaft. Was dem Beobachter, der seit zwanzig Jahren die Entwicklung Israels verfolgt, auffällt, ist erstens die schon zahlenmäßig stärkere Präsenz von orthodoxen Juden zumindest in Jerusalem; bisweilen hat man den Eindruck, daß die Religiösen den klaren Plan haben, Jerusalem zu einer von den Orthodoxen dominierten Stadt zu machen und dies vor allem durch einen atemberaubenden Kindersegen zu bewerkstelligen. Nicht nur in dem legendären Orthodoxenviertel Mea Shearim, sondern auch in Neubauvierteln wie Bayit Vegan sieht es so aus, als hätte dieser Plan Erfolg. Der Kulturkampf der Religiösen gegen das laizistische Israel hat überhaupt erst angefangen; auch wenn die Wahlen im November 1988 nicht ganz das befürchtete Anwachsen der Vertreter der Religiösen bzw. der Orthodoxen im Parlament brachten, wird von den Orthodoxen eine weitere, in ihrer Intensität noch nicht beurteilbare Veränderung der israelischen Gesellschaft ausgehen. Zweitens ist erkennbar, daß zahlenmäßig die Sepharden im Vormarsch sind; die Aschkenasim, die »weißen«, »westlichen« Juden aus West- und Osteuropa, die traditionell die Herrschaftsschicht stellten, werden nach und nach zurückgedrängt werden, und mit der Dominanz der aus den orientalischen Ländern von Marokko bis zum Jemen stammenden Juden wird sich das kulturell-zivilisatorische Klima in Israel verändern, und zwar mit großer Wahrscheinlichkeit paradoxerweise in Richtung Amerikanisierung. Denn gerade die Juden aus dem Orient von Algerien bis zum Irak haben – sofern sie nicht religiös sind – eine geringe kulturelle Identität, jedenfalls insofern sie vom engen Zusammenleben mit der arabischen Kultur nun abgeschnitten sind; sie akzeptieren auch, was natürlich ist, nicht so leicht den Holocaust als das zentrale identitätsstiftende Erbe zur Konstituierung eines neuen Traditions- und Selbstgefühls in Israel. Wenn mich meine Beobachtungen nicht trügen, entwickelt sich gerade bei ihnen eine sehr selbstbewußte, grelle, meist eher chauvinistische israelische Mentalität. Zugespißt gesagt: Israel kommt einem zunehmend »levantinischer«, orthodoxer *und* amerikanischer vor.

Dies klingt aus dem Mund eines Europäers gewiß hochmütig, ist aber auch vor allem selbstkritisch gemeint. Denn es bedeutet zunächst, daß die Europäer und speziell auch die Deutschen ein falsches, sentimentales und idealisierendes Bild von Israel und der israelischen Gesellschaft hatten und noch haben. Natürlich ist es für Deutsche besonders schmerzhaft bewegend, wenn man in Israel auf der Universität und im täglichen Leben mit Menschen Umgang hat und in Familien kommt, bei denen die deutsche kulturelle Tradition so lebendig ist wie in kaum einem Haushalt in Deutschland mehr; zu besichtigen sind in Israel Reste jenes deutschen Bürgertums, dessen nichtjüdischer Teil sich im Dritten Reich durch seine Passivität oder auch aktiv mit Schuld besudelt hat. Ein paar Tausend der besten Deutschen sitzen noch, alt geworden, in Israel; aber diese gebildeten deutschen und europäischen Juden werden nicht die Zukunft des Landes prägen – ihre niedrige Geburtenziffer und die Tatsache, daß Juden ihrer Art nicht mehr nach Israel einwandern, spricht dagegen –, und entscheidend für die Zukunft des Landes werden auch nicht mehr jene Lieblingsadoptivkinder-im-Geiste des Nachkriegsdeutschen, die edlen und tüchtigen Kibbuznikkrieger sein, in denen man endlich wieder

militärische Leistungen bewundern durfte, weil man wußte, daß sie für die richtige Sache erbracht wurden. Von Europa aus gesehen wird die israelische Gesellschaft durch ihre Orientalisierung und Amerikanisierung langsam eher uninteressant. Zivilisatorisch richtet sich das Land, das ja auch in hohem Maße von amerikanischem jüdischem Geld lebt, noch stärker als Europa an den USA aus – manchmal denkt man, man sei in *Brooklyn on the Mediterranean*; der Mentalität nach aber droht es sich in ein nahöstliches Getto zu entwickeln, ein technisch avanciertes, von Autos fast schon ersticktes, das sich aber obendrein in der unglücklichen Lage befindet, in seinen Mauern eine arabisches Minorität zu haben, die man ihrerseits gettoisiert.

Das ist zunächst nur eine Korrektur von liebgeordneten Projektionen; diese Entwicklung zu bedauern kann höchstens Sache derjenigen Israelis sein, die sich selbst eine andere Entwicklung des Landes gewünscht haben, in der sie dann nicht zur aschkenasischen Minorität gehört hätten. Als Deutscher muß man sich obendrein sagen, daß man vielleicht ganz besonders ungerne die Entwicklung Israels zu einem nahöstlichen Staat zur Kenntnis nimmt. Wir – die jüngeren Deutschen – lernten ja das Judentum fast nur noch an (gewissermaßen) »Kulturjuden« der Vergangenheit oder einigen Überlebenden dieser Art in der Gegenwart kennen und rechneten daraus dann idealisierend hoch; wir dachten (genauer gesagt: wünschten) uns die Juden – überspitzt gesagt – alle wie Walter Benjamin, Gershom Scholem und das deutschjüdische Bürgertum. Außerdem aber idealisierte man die Juden bzw. die Israelis auch in dem Sinne, daß man sich durch öffentlich geäußerte Kritik oder eventuell gar Entsetzen über Fakten der israelischen Politik auf keinen Fall dem – und sei es auch nur in einem selbst sich regenden – Verdacht aussetzen wollte, doch irgendeine Spur von Antisemitismus in sich zu haben, der sich hinter scheinbar harmlosen kritischen Anmerkungen verberge. Aber wenn sich auch das Verhältnis der Juden bzw. der Israelis zu den Deutschen und unser Verhältnis zu ihnen noch lange nicht normalisiert hat, sich wohl auch noch nicht so bald in dem Sinn »normalisieren« wird, wie sich manche deutschen Politiker und Publizisten vielleicht zu ihrer eigenen Erleichterung erhoffen, so läßt sich doch eine Veränderung beobachten. Es lockern sich gewisse Wahrnehmungs-, Denk- und Kritikverbote, die wir bewußt oder unbewußt als Nachlebende des deutschen Verbrechens an Juden uns auferlegt hatten, und es sind inzwischen auch wesentlich ressentiment- und verkrampfungsfreiere Gespräche zwischen Israelis und Deutschen möglich als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren, und dies natürlicherweise um so mehr, je jünger die deutschen Gesprächsteilnehmer sind. Wäre Helmut Kohls Wort von der »Gnade der späten Geburt« nicht so plump und obendrein im falschen Kontext von einer Person geäußert worden, der man das Richtige an diesem Satz einfach nicht abnehmen kann, so wäre daran ja durchaus etwas Richtiges gewesen.

Es gibt eine Voraussetzung, unter der man auch als Deutscher an der israelischen Besatzungspolitik und der Palästinalpolitik Kritik vorbringen und auch in Israel äußern kann, dann nämlich, wenn man deutlich macht, daß solche Kritik sich auf Standards beruft, die für alle Konflikte und Menschenrechtsverstöße in der Welt gelten und die man also nicht nur oder verschärft

gegen Israel ins Spiel bringt, sondern auch zum Beispiel angesichts der verantwortungslosen deutschen Rüstungsexportpolitik, und wenn einem zweitens das Kunststück gelingt, verständlich zu machen, daß man als Deutscher Einwände etwa gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee genau deshalb vorbringt, weil man aus der Geschichte des eigenen Landes etwas gelernt hat. Was dann an Kritik formuliert werden kann, braucht ja von israelischen Gesprächspartnern nicht gleich erfreut aufgenommen zu werden, aber schließlich: was viele Israelis im Grunde noch weniger mögen als deutsche Kritik ist beflissene deutsche Zerknirschtheit, die gleich gar keinen aufrechten Gang mehr kennt. Unter diesen Voraussetzungen kann auch ein Deutscher über jene Schuld sprechen, welche sich die israelischen (und in gewissem Sinn nicht nur die israelischen) Juden zugezogen haben und auf eine immer prekärere Weise zuziehen im Zuge ihres Wiedereintritts als Volk bzw. als Nation in die Geschichte und konkret als große Menschengruppe in einem Landstrich, in dem die Juden 1950 Jahre lang nur als Minorität vertreten waren.

Was die palästinensisch-israelische Tragödie verursacht hat, sind drei Lern- und Einschätzungsfehler. Erstens unterließ schon den frühen Zionisten ein Fehler in der Einschätzung der arabischen bzw. palästinensischen Reaktion auf die jüdische Einwanderung nach Palästina bzw. Israel, ein gewissermaßen eurozentrischer Fehler: Man nahm an, die palästinensischen Araber – wenn man sie nicht als Quantité négligeable behandelte oder ganz wegleugnete – würden die Juden einfach als Bringer von Zivilisation willkommen heißen. In Wirklichkeit ließen sich die Palästinenser nicht ganz so leicht an die Wand spielen, und es bildete sich in dem Maße ein palästinensisches Selbstbewußtsein – oder, im heutigen Jargon gesprochen: eine palästinensische Identität – heraus, wie die Araber in Palästina den jüdischen bzw. israelischen Nationalismus kennenlernten; jetzt gibt es definitiv eine palästinensische Nation, spätestens durch die Behandlung, die die Israelis ihnen angedeihen ließen. Zweitens merkten die Araber bzw. die Palästinenser, in Selbsttäuschung befangen, zu spät, daß sie sich damit abfinden mußten, einen Teil des alten Palästina den Juden bzw. Israelis zu überlassen; erst jetzt, 1988, lassen sie offiziell und deutlich erkennen, daß sie eingesehen haben, daß die Existenz Israels nicht rückgängig zu machen ist, weil diese Existenz moralisch auf eine ganz einmalige Weise gedeckt wird von der Meinung der ganzen zivilisierten Welt einschließlich der Sowjetunion. Genau deshalb versuchen die Palästinenser und versucht außerhalb Israels die PLO jetzt zu retten, was zu retten ist, nämlich jene Westbank und Gaza als palästinensisches Staatsgebiet, die bis 1967 ja ohnehin nicht israelisch waren, die also leicht als Staatsgebiet zu haben gewesen wären, *wenn* man auf arabischer Seite die Lage früher richtig eingeschätzt hätte. Erst jetzt haben die Palästinenser den Verlust ihrer Illusionen bestätigt, und das genau gibt ihnen die Kraft, die Intifada durchzustehen. Drittens laboriert Israel an einem Lerneffekt aus dem Erlebnis des Holocaust, der die zentrale Mythe des neuen Staates ist, einem Lerneffekt, der verständlich, aber bei der Friedensplanung – dezent gesagt – hinderlich ist. Man glaubt gelernt zu haben bzw. aus der Geschichte lernen zu müssen, daß

Nachgiebigkeit sich nicht auszahlt und daß gegen jeden, der einen schlägt, doppelt zurückgeschlagen werden muß; daß das Inkaufnehmen von Risiken, etwa bei der Einleitung eines Friedensprozesses – der selbstverständlich risikant sein wird! –, nur Schwäche und Dummheit ist oder von der anderen Seite so aufgefaßt würde. Die Israelis glauben in ihrer Mehrzahl, aus dem, was ihnen bzw. den Juden vor allem im 20. Jahrhundert angetan wurde, die Lehre ziehen zu müssen: das darf uns nicht noch einmal passieren, egal was wir desentwegen anderen antun müssen; es mag unschön und bedauerlich sein, aber jetzt denken wir zuerst einmal nur an uns, denn als wir in Europa von Vernichtung bedroht waren, hat auch niemand an uns gedacht oder für uns gehandelt; also vertrauen wir niemand mehr, nur noch uns selbst.

Dies ist gewissermaßen die partikular-nationale Lehre aus der Vergangenheit; eine Minorität von Israelis dagegen leidet unter der Verwandlung ihres Staates in einen Besatzerstaat mit Unterdrückung und Ausbeutung von über 1,3 Millionen Arabern eben deshalb so sehr, weil diese Minorität aus der Vergangenheit die gewissermaßen universalistische Lehre gezogen hat, daß gerade Israel sich zwar verteidigen, aber nie einem anderen Volk oder einer anderen Menschengruppe auch nur im entferntesten an Diskriminierung und Mißhandlung das antun dürfe, was den Juden angetan wurde, und diese absolute Beachtung der Menschenwürde müsse eigentlich der Kern der Moral des Staates Israel sein; erst dann könne er wirklich ein »Licht den Nationen« sein. Von der Majorität der Israelis wird diese strikt von den Menschenrechten her argumentierende Kritik an der israelischen Politik als zwar vielleicht edel, aber bis zur Dummheit weltfremd und also gefährlich abgetan.

Die sich verstärkende Unbeweglichkeit der israelischen Politik hängt damit zusammen, daß dieses durch viele Phasen hindurchgegangene, nun fast hundert Jahre alte Projekt einer allmählichen, grundsätzlich fest, in ihren Formen aber nur vage ins Auge gefaßten, streckenweise nur durch gewisse humanitäre oder taktische Rücksichten gebremsten Wiederinbesitznahme des Landes Palästina in eine Sackgasse geraten ist. Die aus der Unentschiedenheit über das weitere Vorgehen resultierende Stumpfheit der israelischen Politik und Brutalität des Militärs, dessen Verteidigungsauftrag sich in einen Repressionsauftrag halbpolizeilicher Natur verwandelt hat, erodieren die Moral des Staates und beginnen das Land häßlich zu machen. Die Lage Israels und sein Ansehen in der Weltöffentlichkeit sind deshalb so prekär geworden, weil die Welt mehr oder weniger stillschweigend bereit war, es hinzunehmen, daß bei dem jüdisch-israelischen Landnahmeprojekt im 20. Jahrhundert und dann vor allem nach 1945 in der Tat große Teile eines jahrhundertlang überwiegend arabisch besiedelten Landes in jüdische bzw. israelische Hände übergingen, übergehen *mußten*, weil Palästina die einzige Stelle war, die offenbar für eine jüdische Heimstatt bzw. für einen jüdischen Staat in Frage kam. Man konnte einerseits den Juden ein Recht nicht verweigern – vor allem nach dem Holocaust nicht mehr –, das man grundsätzlich allen anderen Völkern zuerkannte, nämlich einen eigenen Staat zu haben, und andererseits wäre die Einrichtung eines solchen Staates an jeder anderen Stelle als Palästina, wohin die stärksten religiös-spirituellen Bindungen der Juden bestanden, noch willkür-

licher und weniger begründbar erschienen. Der Kampf der Palästinenser um die Aufmerksamkeit und Anerkennung der Weltöffentlichkeit in den letzten dreißig Jahren ist eigentlich nur, spiegelverkehrt und mit einer Verschiebung um einige Jahrzehnte, jener Kampf, den die Juden bzw. Israelis schon früher gekämpft und gewonnen haben: der Kampf darum, als Volk anerkannt zu werden, das das Recht hat, auf seinem Boden einen Staat errichten zu dürfen und darin zu leben. Genau dies, daß zwei Völker das Recht auf dasselbe Land haben, ein Recht, das sich auf beiden Seiten aus vielen und unterschiedlichen Quellen speist, beginnt nun die Weltöffentlichkeit zu begreifen, und ebendeshalb ist sie zunehmend weniger bereit, es hinzunehmen, daß Israel die Zerstörung und Entwürdigung der palästinensischen Gesellschaft nun noch weiter in die Westbank und in den Gazastreifen hineinträgt.

Während man früher auf die Bedrohung Israels durch Kriege und Terrorismus mit jener selbstverständlichen Solidarität reagierte, die eine moralische Konsequenz dessen war, daß es sich bei den israelischen Juden um einen Teil jenes Volkes handelte, von dem sechs Millionen auf bespiellose Weise vernichtet worden waren, hat sich die politisch-moralische Lage heute geändert. Die fast gewaltlose Intifada wird als berechtigt akzeptiert und als dringender Appell interpretiert, eine politische Lösung einzuleiten. Israel hat dabei eigentlich nur noch die Macht, auf unbestimmte Zeit und mit großen politischen, militärischen und finanziellen Risiken eine solche Lösung zu sabotieren, sie durch Lähmung jeder Initiative hinauszuzögern. Die Intifada sowie die seit der Konferenz von Algier erkennbar veränderte politische Haltung der PLO haben eine Situation herbeigeführt, auf die Israel nicht vorbereitet war; beides hatte man nicht für möglich gehalten, und jetzt zerstieben die israelischen Illusionen, einschließlich der, die Vereinigten Staaten würden in keine direkten Gespräche mit der PLO eintreten. Die fortdauernde militärische Besetzung der Westbank und des Gazastreifens und die gewalttätige Unterdrückung der Intifada, die im Grunde nur besonders deutlich erscheinen läßt, was seit Jahrzehnten in Palästina geschah, nämlich die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft zugunsten des zionistisch-israelischen Landnahme- und Staatserrichtungsprojektes, sind nicht mehr moralisch vertretbar und für die Weltöffentlichkeit nicht mehr akzeptabel. Den Juden bzw. Israelis ist ihr Recht geworden; nun muß den Palästinensern ihr Recht werden. Der Punkt ist erreicht, wo historisch und moralisch die Palästinenser gleichberechtigte und vollzunehmende Gesprächspartner Israels geworden sind, und das ist der Moment der Wahrheit, für den die israelische Regierung und das gesamte Establishment eigentlich keinen Plan hat.

Wenn man seit 1969 nicht nur häufig Israel besucht, sondern zwei Mal mehrere Monate dort gelebt und gearbeitet hat, kann man nur ratlos und deprimiert zur Kenntnis nehmen, in welchem Zustand sich das Land heute präsentiert, nämlich vital, aber zunehmend brutal und nervös, lebendig, aber ohne wirklichkeitsgerechte Zukunftsvorstellungen, in großen Teilen der Öffentlichkeit verlogen oder sich selbst belügend – und zugleich in vielen Teilen der Gesellschaft und Öffentlichkeit selbstkritisch offen und durchaus bereit für neue Überlegungen zur Gegenwart und Zukunft. Am erschreckendsten er-

schien mir eine Art wütende, sich selbst in ihren besseren Möglichkeiten nicht wahrhaben wollende Absenkung der moralischen Standards und eine verbreitete Unfähigkeit, anders als prinzipiell defensiv zu denken, und zwar gestaltet, daß man aggressiv betont, man habe sich für nichts zu entschuldigen. In vielen Diskussionen ließ man sich gar nicht auf Erörterungen über das israelische Vorgehen beim Versuch der Niederschlagung der Intifada ein, sondern konterte sofort mit der Frage, ob nicht zum Beispiel der Giftgaseinsatz der Iraker gegen Kurden und Iraner viel schlimmer gewesen und wo denn da der Protest der Weltöffentlichkeit geblieben sei? Außerdem würden ringsum in den arabischen Staaten ohne viel Resonanz viel mehr Menschen bei politischen Auseinandersetzungen umgebracht; im Vergleich dazu seien die Vorfälle auf der Westbank, im Gazastreifen, in israelischen Gefängnissen und Lagern doch geradezu Kleinigkeiten, welche so wichtig zu nehmen und so hartnäckig zu melden einfach unfair sei und von einer grundsätzlich feindseligen Haltung gegenüber Israel zeuge – und dann beklagt man immer wieder die angebliche Einseitigkeit der Medien, prügelt also den Botschafter, wo man die Botschaft nicht hören will. Worauf man nur sarkastisch sagen kann: Ach so, in *diesem* Sinn versteht sich Israel jetzt als normaler nächstlicher Staat ...

Wer einmal eine wahrhaft frustrierende Erfahrung machen möchte, der versuche einem israelischen oder – viel schwerer noch! – einem amerikanischen jüdischen Gesprächspartner zu erklären, daß er, der Europäer oder Deutsche, die verstörte Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und den israelischen Arabern eben proisraelisch meine; daß man aus vielen Gründen mit dem Lande aufs höchste sympathisiere, dies Land aber seine Existenzmöglichkeiten materiell und moralisch unterminieren und sein moralisches Ansehen untergraben sehe, wenn jene Besatzungspolitik fort dauere, über deren Details ja täglich das israelische Fernsehen und die israelischen Zeitungen berichten, die man ja wohl schwerlich antizionistisch oder gar israelfeindlich nennen könne; daß man die Etablierung südafrikanischer Verhältnisse in Israel nicht kritisiere, weil man Israel besonders gern kritisiere, sondern weil man solche Verhältnisse einfach überall kritisiere. Falls einem überhaupt jemand so lange zuhört und nicht längst ungeduldig ins Wort gefallen ist, lautet die Antwort meist, mehr oder weniger grob formuliert: Europäische Kritik sei nicht erwünscht, deutsche schon gar nicht, und eigentlich insgesamt nichtjüdische Kritik unzuständig und unerträglich; die PLO sei bis heute eine Terrororganisation; mit den Aufständischen könne man vielleicht reden, wenn sie erst einmal den Aufstand einstellten; Israel mit Südafrika zu vergleichen sei eine Unverschämtheit, man weise das zurück; was die Behandlung der Palästinenser angehe, solle man sich als Deutscher doch lieber mal ansehen, wie in Deutschland die Türken behandelt würden.

Wohl gemerkt, bei einer Minorität, jenen wenigen Prozent der Bevölkerung, mit denen man als Intellektueller enger in Berührung kommt, sieht die Argumentation natürlich anders aus; man rennt da mit Kritik offene Türen ein oder braucht kaum darüber zu reden, weil man ohnehin gemeinsam entsetzt ist über das, was geschieht. Das Irritierende aber ist, daß Informationen

über die Vorgänge im Land, Dokumentationen zum Vorgehen des Militärs und scharfe Kritik daran überall zugänglich sind, daß aber nichts passiert. Parlamentsabgeordnete mögen wieder und wieder Anfragen einbringen, an Minister schreiben und detaillierte Zeugenaussagen zu schweren Übergriffen von Polizei, Gefängnispersonal und Militär gegen Palästinenser vorlegen – es wird gedruckt, zur Kenntnis genommen, die Untersuchung des Vorfalls von Regierung oder Armee versprochen – und dann geschieht gar nichts, alle Vorfälle wiederholen sich, die Unterdrückungsstrategie verändert sich nicht, ihre Schärfe nimmt in letzter Zeit eher noch zu. Das parlamentarische System funktioniert, die Presse im großen und ganzen auch (ich habe nur von *einem* Fall erfahren, da eine liberale, in den letzten Jahren eher regierungskritische Zeitung einen gut recherchierten Bericht über die Zustände in einem der Zwangsverwahrlager für Palästinenser in der Negev-Wüste nicht gedruckt hat, weil man sich das dann doch nicht traute) – und nachdem die Kritik ihren Dampf abgelassen hat, geht alles wie gewohnt weiter. Es ist, als sei das Land gespalten in einen Teil, in dem geredet und kritisiert werden darf, und einen anderen, wo ganz ohne Rücksicht auf humanitäres Geschwätz etc. einfach unbeirrt gehandelt wird, und als seien diese beiden Sphären fast ganz voneinander abgekoppelt. *Dies* ist der tiefste Grund für die Frustration vieler kritischer Intellektueller und auch Parlamentarier der Knesset: Kritik ist zugelassen, aber völlig wirkungslos.

Woran man sich nicht gewöhnt: daß dies Land zutiefst gespalten, oder sagen wir vorsichtiger, von den krassesten Widersprüchen gezeichnet ist. Jeder kennt die Bilder und Berichte vom Vorgehen des Militärs in den besetzten Gebieten, und es handelt sich da ja nicht nur um vereinzelte Vorfälle, für die außer Kontrolle geratene Soldaten niederer Ränge verantwortlich zu machen wären; irgend jemand muß das ja systematisch befehlen oder decken. Kaum denkt man, das gegenwärtige Bild der Armee sei nun klar, liest man, daß sich Dutzende von Offizieren und Reserveoffizieren auch höherer Ränge zusammengetan haben und öffentlich erklären (und bei jeder sich bietenden Gelegenheit wiederholen sie es), daß sie die Politik der Regierung für fatal halten und daß der Kampf gegen die Intifada auf die Dauer von den wirklichen Verteidigungsaufgaben – etwa: Vorbereitung auf einen Giftgaskrieg, der von Syrien oder Libyen ausgehen könnte – ablenke; da legen Generäle a. D. dar, daß es gar nicht stimme, daß Israel die Westbank aus Sicherheitsgründen unbedingt behalten müsse, ein System von Inspektionen und ein paar Radarstationen auf den höchsten Bergen und im Jordantal täten's auch. So daß man bisweilen den Eindruck hat, die Armee bestehe aus einer überwiegend durchaus nüchternen und besonnenen Generalität, die verantwortlich die Lage einschätzt, und einem davon weit entfernten niederen Offizierskorps sowie Unteroffizieren und Soldaten, unter denen die Schlägertrupp-Bataillone genau bekannt und weiter kräftig tätig sind. Zum einen Ohr dröhnt es einem hinein, Israel in den Grenzen von 1967 sei absolut nicht zu verteidigen, außerdem viel zu klein; andererseits weiß aber jedermann in Israel, daß es ohnehin an Menschen fehlt, Galiläa und die Gegend um Bersheva und südlich davon überhaupt zu besiedeln – wozu braucht man also noch die Westbank? Und viele

Generäle, wie gesagt, halten den größten Teil der Westbank unter militärischen Gesichtspunkten für durchaus verzichtbar und die jüdischen Siedlungen dort für ebenfalls nicht sicherheitsrelevant; so daß am Ende das irrationale Argument (das Wort »religiös« ist eigentlich zu schade dafür) übrigbleibt, Judäa und Samaria, – dies die regierungsamtlich dekretierte Bezeichnung für das Westjordanland – seien biblisch-jüdische Landstriche, die man nicht hergeben dürfe, wobei doch wiederum nur fünfzehn Prozent der jüdischen israelischen Bevölkerung gläubige Juden sind, und noch nicht einmal von diesen machen sich alle das »religiöse« Argument für Behalten oder gar Annexion der Westbank zu eigen.

Wer also macht in Israel eigentlich die Politik? Oder gibt es doch den stillschweigenden Konsens, die Westbank nicht mehr wegzugeben, erst recht nicht als Gebiet eines palästinensischen Staates?

Schließlich, und um noch einmal anzudeuten, was für einem Wechselbad von Wahrnehmungen man ausgesetzt ist, eine anekdotische Szene: Im Hadasah-Krankenhaus in Jerusalem komme ich mit einem ganz jungen israelischen Soldaten ins Gespräch; der mir, als eine Araberin mit einem gebrochenen Fuß vorbeigeführt wird (ganz alltäglicher Unfall), erklärt: A propos Araber mit gebrochenen Knochen, ja, das kenn' ich. Ich lerne das zur Zeit bei der Armee, wie man das macht: Armknochen brechen, oder das Becken brechen, oh ja, das bringen die uns bei; ich weiß jetzt, wie man das macht. – Er sagt das weder kaltschnäuzig noch sadistisch, eher sarkastisch und angeekelt-achselzuckend. Kurz darauf werde ich – die Untersuchungsräume sind durch Vorhänge voneinander abgetrennt – Ohrenzeuge der Untersuchung einer alten Araberin durch israelische Ärzte. Fast eine Stunde lang untersuchen sie unter Beiziehung eines amerikanischen und eines südafrikanischen Spezialisten gründlich und freundlich die Frau, deren Tochter dabei zwischen Hebräisch, Englisch und Arabisch hin- und herdolmetscht. Mach sich einer einen Reim aus diesen zwei Erfahrungen im selben Raum innerhalb einer Stunde.

Die Lage bringt tragische Figuren hervor. Eine scheint mir der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek zu sein. Er hat immer auf ein möglichst humanes Zusammenleben von Juden und Arabern in Jerusalem hingearbeitet und scheint sich auch wirklich in dem Glauben gewiegt zu haben, dies pragmatisch und ungeachtet der bösen »höheren« Politik bewerkstelligen zu können. Man fragt sich nur, ob er bei seinem täglichen engen Kontakt mit Palästinensern nie auf die Idee kam, daß zum Beispiel die Annexion und die bauliche Veränderung von Ostjerusalem – auf allen Seiten wird das arabische Jerusalem eingekreist mit jüdischen Wohnvierteln, hochaufragend, sehr solide bis massiv gebaut – innerlich nie hingenommen würde von den Arabern. Was mußte sich Kollek denken – war er naiv? oder blind? –, als sich Ariel Sharon, der alte rechtsradikale Haudegen, General a. D. und Minister, eine Wohnung im arabischen Teil der Altstadt mietete und die israelische Flagge auf seinem Haus aufpflanzte? Was sagte Kollek, als in Ostjerusalem, außerhalb der Altstadt, halbwegs auf der Strecke zum Mount Scopus Campus der Hebräischen Universität, ein riesiger häßlicher Klotz von Hyatt Regency Hotel hingestellt wurde? Jeder Beobachter mit einem Rest von Sensibilität

muß solche Vorkommnisse und Fakten als gezielte Demütigungen der Araber wahrnehmen, als Versuche, ihrem Selbstbewußtsein das Rückgrat zu brechen, ihnen zu demonstrieren, daß sie nicht mehr die Herren in ihrem Haus sind, sondern die Israelis. Hat Kollek das nicht gemerkt? Wollte er es nicht merken? Wurde er einfach von der Regierung oder Scharon überrollt und konnte sich nicht wehren gegen solch plumpe Übergriffe, die den Palästinensern natürlich das Blut kochen lassen? Gehört Kollek zu jener Sorte und Generation westeuropäischer Juden, die das Beste wollten, vielleicht auch wirklich Schlimmeres verhüteten, die aber nun mit Sicherheit nach und nach entmachtet werden, um einer neuen politischen Führerschaft mit wesentlich weniger Fingerspitzengefühl und Gewissen Platz zu machen?

Ein palästinensischer Staat, dessen Gebiet ungefähr identisch wäre, mit der heutigen Westbank und dem Gazastreifen, sei, so hört man von israelischen Politikern oft, nicht akzeptabel für Israel. Ihn dürfe es nicht geben, denn erstens sei ein solcher Staat ohnehin nicht lebensfähig, weil zu klein, andererseits aber sei dieser Staat zu groß, als daß er nicht eine Bedrohung Israels darstellte, und außerdem eben so gelegen, daß er strategisch eine ewige Gefährdung Israels sei. Wer das nicht glaubt, bekommt Unterstützung durch die *New York Times* vom 2. Januar 1989, worin der ehemalige israelische Außenminister, der weltläufige, kluge Abba Eban, erklärt: »Die Behauptung ist absurd, ein eigener Staat der Palästinenser bedeute eine Gefahr für Israel.« Nun wird man ja Eban nicht eine völlige Verkennung der geostrategischen und politischen Gegebenheiten und auch nicht unbedingt antiisraelische Gesinnungen, auch nicht Antizionismus, geschweige denn Antisemitismus vorwerfen können, womit man ja sonst bei kritischen Äußerungen schnell bei der Hand ist; Eban hat eben nur realisiert, daß Israel mehr Schaden als Vorteile hat, wenn es seine Politik nicht ändert, welche darauf hinausläuft, auf unabsehbare Zeit eine wachsende Zahl von Palästinensern der elementarsten Rechte zu berauben, und er hat gemerkt, daß Israel damit zu einem moralisch unerträglichen Staat würde und unmittelbar dem Antisemitismus derer in die Hände spielte, die nur drauf warteten, Argumente geliefert zu bekommen. Golda Meir sagte vor Jahren kalt und trocken: »Es gibt kein palästinensisches Volk.« Das war schon damals menschenverachtend und falsch, ergab aber doch einen Sinn. Sieht man die Palästinenser einfach als Araber, so kann man ihnen sagen, sie sollten doch einfach in einen anderen Teil Arabiens ausweichen, auswandern: nennt man sie aber Palästinenser – und langsam benutzen ja auch israelische Politiker diese Bezeichnung –, dann räumt man damit ein, daß sie zu eben diesem Land gehören, also ein Recht haben, hier zu sein und zu bleiben. Genau deshalb glaubte Menachem Begin vor Jahren in einer Diskussion einen jungen Israeli ermahnen zu müssen, nie das Wort Palästina zu benutzen, sondern immer nur Israel zu sagen, sonst unterminiere er seine eigene Berechtigung, hier zu sein. Inzwischen aber haben sich die Palästinenser ihre Identität zweifelsfrei erobert; es waren, wie gesagt, vor allem die Israelis, an denen und gegen die die Palästinenser zu mehr als einer arabischen Subgruppe, zu einem Volk wurden. Sie haben sich – und sei es zum Teil auch unter den Begleiterscheinungen des Terrorismus – ihren Platz in der Geschichte

erkämpft und können nun nicht mehr einfach nur als »Flüchtlinge« oder »Araber« (ohne genauere Herkunftsbezeichnung) apostrophiert werden.

Es wird auch für Freunde Israels immer unerträglicher, mitanzusehen, wie die Führung des Landes einerseits die Westbank behalten will (und den Gazastreifen behalten *muß*, weil niemand dieses Stück Land, das sich auch Israel kaum gewünscht hat und das Ägypten nicht zurücknehmen möchte, haben will: da drängen sich 600000 Menschen auf wenigen Quadratkilometern in aussichtsloser ökonomischer Lage und bei hohen Geburtenraten), andererseits aber die dortige Bevölkerung loswerden oder mundtot und rechtlos halten will. Die Palästinenser der Westbank tun Israel den Gefallen nicht, aus lauter Resignation auszuwandern; sie bleiben in ihrem Land, und man hat den Eindruck, daß die Widerstandsmoral der Intifada ungebrochen ist. Niemand in der Welt aber würde es dulden, daß noch einmal ein ähnlicher Exodus von Palästinensern passiert oder irgendwie inszeniert wird wie im Unabhängigkeitskrieg¹ – man nenne das Vertreibung, man nenne das »Transfer«, unter welchem dezenten Wort die Abschiebung einer großen Zahl von Palästinensern der Westbank nach Jordanien in Israel bisweilen als Plan erörtert wird, welcher freilich aus vielerlei Gründen keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Das Problem der Palästinenser und der palästinensischen Flüchtlinge ist nicht nur ein humanitäres, sondern ein nationales Problem, und seine Lösung, die ohne Gewährung der Staatlichkeit nicht mehr denkbar ist, ist der einzige Weg zu einer dauerhaften Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Israel stellt sich heute dar als ein Land, in dem es unter dem Gesichtspunkt der Bürgerrechte und der ökonomischen Möglichkeiten drei Klassen von Bürgern gibt. Erstens Israelis, die unzweideutig in einem sozialen Rechtsstaat und in einer funktionierenden Demokratie leben, mit einem Lebensstandard, der allerdings, da das Land eigentlich ein Entwicklungsland ist, nur zustande kommt durch das Geld, das vor allem aus den USA als Hilfe der Regierung und von jüdischen Organisationen und Privatleuten ins Land gebracht wird. Zweitens israelische Araber, also jene 700000 Palästinenser, die als israelische Staatsbürger im Stammland Israel in den Grenzen von vor 1967 leben. Sie sind Bürger zweiter Klasse, wie zum Beispiel auch hohe israelische Richter in der Öffentlichkeit selbst zugeben. Drittens Araber auf der Westbank und im Gazastreifen. Sie sind praktisch rechtlos, das heißt allein Militärgesetzen unterstellt, gegen die es kaum Einspruchs- und Berufungsmöglichkeiten gibt und die die Israelis zum großen Teil aus der Mandatszeit von den Briten übernommen bzw. wieder in Kraft gesetzt haben, als sie sie brauchten. Die ökonomischen und schulischen Möglichkeiten sind noch wesentlich geringer als die der israelischen Araber, was allerdings nur zum Teil Schuld der Israelis ist. Daß sie am härtesten diskriminiert sind und am schärfsten zu lei-

¹ Vgl. hierzu Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem. 1947–1949*. Cambridge: Cambridge University Press 1988; außerdem Simcha Flapan, *Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit*. München: Knesbeck & Schuler 1988.

den haben unter der israelischen Besatzung, sagen nicht nur die UNO und Amnesty International, sondern auch, tief beunruhigt, die meisten der Rechtswissenschaftler der Universitäten Tel Aviv und Jerusalem. Am 17. Juni 1988 brachte die *Jerusalem Post* ein ausführliches Interview mit dem ehemaligen hohen Richter Asher Felix Landau, in dem der alte Herr, der vor 35 Jahren mit großen Hoffnungen von Südafrika nach Israel eingewandert war, feststellte: »Israel wird Südafrika gleich: nämlich eine Gesellschaft, die auf Rassenunterschieden und Diskriminierung basiert.«

Seit Beginn der Intifada sind ungefähr 29000 Palästinenser verhaftet worden bzw. verhaftet gewesen. Mehrere Tausend von ihnen – die Zahlenangaben schwanken – sind noch immer in Gefängnissen und vor allem in speziellen, dafür eingerichteten Lagern in Haft, die sich u. a. im Gazastreifen und im Negev nahe der ägyptischen Grenze befinden. Nach dem »Administrative Detention Law«, dem Gesetz über die Verhängung von Gewahrsam auf dem Verwaltungswege ohne Vorführung vor einen Richter, ganz zu schweigen vor einen Zivilrichter, werden mindestens etwa 1800 Palästinenser vor allem im Lager Ansar III in Haft gehalten, ohne daß sie je wegen bestimmter Punkte angeklagt worden wären; die Haft ist in einem halbjährlichen Rhythmus ohne weiteres und ohne Begrenzung verlängerbar, wenn es »Sicherheitsinteressen« erfordern. Seit Beginn der Intifada hat es mehr als 400 Tote gegeben, wobei einem Ärzte von der Westbank versichern, die Zahl liege bei über 500, da die israelischen Statistiken nur die Todesopfer berücksichtigen, die in den ersten acht Tagen nach ihrer Verletzung gestorben sind. Seit Beginn der Intifada haben die israelischen Soldaten vielen Tausend Menschen schwerste Verletzungen, vor allem durch Knochenbrüche und Tränengas, beigebracht – die Soldaten sagen achselzuckend oder zähneknirschend: beibringen *müssen*; Minister Rabin hat es befohlen, das ist doch bekannt –, die viele zeitlebens zu Krüppeln machen werden; sie haben außerdem nachweislich unzählige palästinensische Kinder schwer geschädigt, indem sie morgens um vier in Häusern eingedrungen sind und die männlichen Familienmitglieder vor den Augen der Frauen und Kinder mißhandelt und dann mitgenommen haben. Es gibt inzwischen in Gaza Straßenzüge, in denen eine ganze Altersgruppe von Männern – die zwischen 18 und 25 völlig verschwunden ist, weil sie sich in den verschiedensten Arten israelischer Haft befindet. Dies alles ist tagtäglich in israelischen Zeitungen und vor allem in der insgesamt vorzüglich informierenden *Jerusalem Post* zu lesen, in aller Ausführlichkeit und ohne daß die Armee die Richtigkeit solcher Berichte je in nennenswertem Umfang hätte bestreiten wollen.

Eigenartigerweise nimmt die israelische Regierung – die neue ebenso wie die alte, denn die Wahlen im November haben ja keine entscheidende Änderung der Mehrheitsverhältnisse gebracht – dabei in Kauf, daß in den Internierungslagern und Gefängnissen natürlich gerade jene Solidarität und Verschwörung gezüchtet werden, die sich nach der Entlassung der Insassen eines Tages bemerkbar machen wird; die Lager sind die palästinensische Kaderschmiede par excellence. Die Regierung nimmt außerdem in Kauf, daß die dem Staat Israel gegenüber eigentlich loyalen Araber sich immer mehr empö-

ren über das, was den Palästinensern auf der Westbank und im Gazastreifen angetan wird. Ihre Loyalität gegenüber Israel, die in den letzten vierzig Jahren insgesamt stark gestiegen ist, sinkt wieder; sie solidarisieren sich mit ihren arabischen Brüdern. Und die Israelis können schließlich nicht die Augen davor verschließen, daß durch ihre Besatzungs- und Unterdrückungspolitik der islamische Fundamentalismus, der bisher in Palästina keine große Chance hatte, in dem Maße wächst und attraktiver und gefährlicher wird, in dem die politische Lage der Palästinenser hoffnungsloser wird. Daher der arabische Spott, Israel werde sich eines Tages noch nach der guten alten PLO zurücksehen.

Wie unschlüssig sich die Bevölkerung in der Beurteilung der Lage ist, zeigen Umfrageergebnisse. 54 Prozent der Bevölkerung glauben inzwischen, daß man doch irgendwann mit der PLO werde verhandeln müssen; allerdings meinen 44 Prozent, die sich zum Teil decken mit den vorigen, daß nur ein »Transfer«, also eine mehr oder weniger gewaltsame Aussiedlung der palästinensischen Bevölkerung aus der Westbank eine Lösung der Probleme bringen werde, und 73 Prozent meinen, die Intifada gehe bloß weiter, weil man zu lasch dagegen vorgehe. Wie man es auch dreht: Die Zahlen – wenn sie zuverlässig sind – deuten auf Verwirrung in den Köpfen; sie zeigen, daß viele Israelis aus Unschlüssigkeit gleich zwei Meinungen zuneigen, die aber nicht miteinander vereinbar sind. Da es aber keinen klarsichtigen Politiker in Israel gibt – und wenn doch, dann keinen, der zugleich auch Statur und Mut hätte –, schenkt niemand den Israelis reinen Wein ein; die Probleme werden unter Aufhäufung immer weiterer palästinensischer Toter und bei fortschreitender Korrumpierung der Armee verschleppt. Ein Politiker oder mehrere wären nötig, die der israelischen Öffentlichkeit klarzumachen begännen, daß ein palästinensischer Staat – und mit weniger werden sich die Palästinenser kaum noch zufriedengeben – auf der Westbank und im Gazastreifen, ungefähr in den Grenzen von 1967 (kleinere Gebietskorrekturen und eine Sonderregelung für Ostjerusalem eingeschlossen) nicht eine Bedrohung Israels darstellen würden, sondern den besten Schutz gegen andere arabische Staaten, unter denen eigentlich nur Syrien und der Irak als wirkliche Feinde zu verstehen sind (mit Ägypten besteht ein Separatfriedensvertrag, mit Jordanien gibt es seit langer Zeit eine intensive Zusammenarbeit). Ein Israel, das den Palästinensern auf dem einzig in Frage kommenden Gebiet, dem ehemaligen Westjordanien, einen Staat einräumte, hätte, da die Palästinenser genau wissen, daß die arabischen Staaten ringsum praktisch nichts für sie tun, sofort einen Staat an seiner Seite, der ohne engste Kooperation eben mit Israel (und mit Jordanien) gar nicht existieren könnte. So paradox es klingt: An Israel liegt es, aus seinen angeblich ärgsten Feinden, den Palästinensern, denen für die jüdische Staatsgründung Land weggenommen werden mußte, nicht gerade Freunde, aber de-facto-verbündete Nachbarn zu machen, die eng auf Israel angewiesen wären. Es sieht nicht so aus, als ob viele Israelis das schon begriffen hätten.

Wer das Verhalten der israelischen Regierungen nicht erst seit Beginn der Intifada, sondern seit dem sprichwörtlichen letzten Tag des Sechstagekrieges,

an dem das Westjordanland erobert wurde, beobachtet hat, kann nur den klassischen Fall eines verlorenen Friedens nach einem glänzend gewonnenen, berechtigten Präventivkrieg konstatieren. Es ist kein Kunststück zu prophezeien, daß Israel nur unter äußerstem Druck von außen und unabweisbaren schweren Problemen im Innern sich zu Gesprächen mit der PLO und zur Aufgabe von Westbank und Gazastreifen bequemen wird. Der Druck von außen müßte und könnte nur bestehen im Druck der amerikanischen Regierung (Drohung mit teilweise Entzug von militärischer und ökonomischer Hilfe), was seinerseits voraussetzte, daß die Majorität der amerikanischen jüdischen Organisationen vorher beschlossen hätte, die Position der bedenkenlosen Parteinahme für Israel, die meist auf blinde Unterstützung gerade für die zweifelhaftesten Handlungen der israelischen Regierungen hinauslief, zugunsten einer Haltung kritischer Solidarität zu ändern; dies wäre wiederum nur möglich, wenn die Führer der amerikanischen Juden erkannten, daß das Verhalten gegenüber den Palästinensern allmählich die größte moralische Herausforderung und Bewährungsprobe wird, vor der die Juden der Diaspora und Israels stehen. Das heißt, es müßte auf jüdischer Seite ein Lernprozeß einsetzen, an dessen Ende nicht mehr die von Juden häufig zu hörende Maxime steht: »Lieber möchte ich als Wolf gehenkt werden denn als Schaf« – was verständlicher Weise als die hart-schlaue Folgerung aus der Geschichte der jüdischen Leiden ausgegeben wird und praktisch dazu führt, daß man sich gerade in den USA ohne zu zögern und blind mit wölfischen Taten Israels solidarisiert oder glaubt, sie der nichtjüdischen Welt gegenüber unbedingt decken zu müssen.

Der Druck von innen könnte darin bestehen, daß sich Israel durch die Fortdauer der Besetzung nicht nur in ökonomische Schwierigkeiten bringt durch die enormen Kosten für die Niederhaltung der Intifada (während gleichzeitig der lebensnotwendige Tourismus nach Israel zurückgeht), sondern daß überdies die Sorge um die Brutalisierung der jungen Männer, die ja durch das Milizsystem als Wehrpflichtige und regelmäßig eingezogene Reservisten sehr häufig auf der Westbank und in Gaza eingesetzt werden und deren Erlebnisse sehr schnell rückwirken auf das zivile Leben, auf die Entscheidungen der Regierung durchschlägt. Und schließlich könnte eine – so zynisch es klingt – praktische Überlegung die Regierung veranlassen, die Westbank auf dem Verhandlungsweg freizugeben. In Israel leben vier Millionen jüdische Israelis und 0,7 Millionen arabische Israelis; hinzu kommen auf der Westbank und in Gaza weitere 1,3 Millionen Araber bzw. Palästinenser. Bleibt die Westbank bei Israel – auch ohne förmliche Annexion –, so ist bei der gegenwärtigen hohen arabischen Geburtenrate (und die ist eine solide prognostische Grundlage) für irgendwann zwischen 2010 und 2020 damit zu rechnen, daß die Palästinenser zahlreicher sind als die Juden. Dann aber müßte Israel zu Unterdrückungsmaßnahmen greifen, die erstens endgültig jedem klarmachen, daß der Vergleich mit Südafrika gerechtfertigt ist, und die zweitens auch finanziell nicht lange durchzuhalten wären. Oder Israel müßte doch seine Verwandlung in einen binationalen Staat zulassen. So gesehen kann man sogar ganz klar sagen: Die Israelis müssen in ihrem eigenen Interesse die Westbank

und Gaza unbedingt loswerden, wenn sie weiter ein jüdischer Staat bleiben wollen; schließlich sind es bis 2010 nur noch zwanzig Jahre.

Im Moment wären die Möglichkeiten für eine Lösung des Palästina-Konfliktes so gut wie seit langem nicht mehr. Die PLO hat im Rahmen der UNO-Resolutionen 242 und 338 Israel anerkannt (daß der Name des Staates Israel in diesen Resolutionen nicht genannt wird, spielt keine Rolle, da die Palästinenser darin auch nicht namentlich vorkommen); sie hat damit den Schritt getan, den Israel immer zu Recht von der PLO verlangt hat. Die arabischen Staaten – mit Ausnahme vielleicht Syriens – sind im übrigen schon lange des Konflikts müde und haben eher Angst vor den Palästinensern, deren vergleichsweise hoher Bildungsstand und deren Neigung zu demokratischen Regierungsformen ihnen natürlich suspekt sein muß. Hussein hat sich von der Westbank getrennt, hat also dies früher westjordanische Gebiet für eine Staatsgründung freigegeben, steht aber als Gesprächspartner immer noch zur Verfügung. Bei diesem Stand der Dinge und bei dem Erstarken des palästinensischen Selbstbewußtseins wären alle israelischen Vorschläge, die auf weniger hinausliefen als auf die Möglichkeit der Realisation eines eigenen palästinensischen Staates eine beleidigende Unmündigerklärung der Palästinenser.

Es erscheint aber äußerst fraglich, ob sich in Israel eine politische Mehrheit findet, in der Regierung und dann in der Öffentlichkeit, die bereit ist, die Gewöhnung an das durch die besetzten Gebiete vergrößerte Israel zu stören und von mystisch-biblischen »Erez Israel«-Vorstellungen, die auf weitere Landnahme und weitere Vertreibungen hinauslaufen, Abschied zu nehmen und sich zu besinnen auf die Stabilisierung des Staates Israel, der sich pragmatisch und human auf einen Teil des Bodens von Palästina beschränkt. Zu vermuten ist vielmehr, daß Schamir weiter nur Scheinlösungen vorschlägt, die auf eine Art Kommunalwahl in den besetzten Gebieten und eine »Autonomie«-Karikatur hinauslaufen – bei Ausbau der jüdischen Siedlungen auf der Westbank, die 1989 wiederum um acht vermehrt werden sollen und ohne daß die wichtige Frage beantwortet wäre, ob sich für solche Kommunalwahlen auch Palästinenser zur Wahl stellen dürften, die bei der Organisation der Intifada beteiligt waren und gerade dabei ihre politische Autorität errangen. In kleinem Stil soll also die Landnahme noch weitergehen, und außerdem ist bis jetzt nicht jene niederträchtige Systematik der israelischen Besatzungspolitik gestoppt worden, die darauf abzielt, alle Personen, die in der Intifada organisatorisch tätig waren und deren man habhaft wird, entweder zu deportieren – bisher sind das fünfzig Fälle – oder sie auf unbestimmte Zeit einzusperren, aus »Sicherheitsgründen«, damit man dann leicht sagen kann, für Gespräche mit den Palästinensern fehlten die Gesprächspartner und mit der PLO werde man nicht reden, denn das seien ja die Terroristen. Dabei scheint man vergessen zu haben, daß vor und nach dem Unabhängigkeitskrieg auch Menachem Begin und Jizchak Schamir Terroristen waren; solche Verwandlungen vom Terroristen zum Staatsmann soll's ja häufiger geben bei Befreiungskämpfen. Schließlich ist im Moment – wir schreiben den 21. Januar – die Unterdrückung in den besetzten Gebieten so hart wie nie zuvor; daß das nicht bekannt

wird bzw. nicht zum Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gelangt, hängt erstens mit der Gewöhnung an diese Sorte von Meldungen und zweitens mit dem Erlahmen der Bemühungen der Journalisten zusammen, sich trotz aller Schwierigkeiten in die besetzten Gebiete zu begeben (notfalls halt auch ohne Schutz und Aufsicht der israelischen Armee), und drittens kontrolliert die israelische Armee rigoros den Nachrichtenfluß aus den besetzten Gebieten und läßt im übrigen praktisch keine Fernsehteams mehr in die besetzten Gebiete hinein. Sie will nicht dokumentiert sehen, daß die dereinst mit Recht noch vielgerühmte israelische »Reinheit der Waffen« (»rein« wegen des pur defensiven Einsatzes) nur noch Spott wert ist.

Was am meisten gegen die Wahrscheinlichkeit, vielleicht sogar geradezu gegen die *Möglichkeit* eines verhandelten Gebietskompromisses spricht, der den Palästinensern genug Raum für einen eigenen Staat ließe, ist die Existenz der israelischen Siedlungen auf der Westbank und in Gaza. Seien es nun 75 000 Siedler oder eigentlich nur 35 000 – die Zahlen sind auch hier sehr verschieden interpretierbar –: ich bin geneigt, dem Brigadegeneral i. R. Recha waam Seewi zu glauben, der am 13. Januar 1989 laut dpa ruhig erklärte: »Die Siedler werden das Westjordanland niemals verlassen. Niemand kann sie von dort vertreiben, nicht der Aufstand, nicht die Fatah, nicht die USA, nicht einmal unsere eigene Regierung.« Im Moment will sie die eigene Regierung ja auch gar nicht vertreiben, selbst wenn sie es aber eines Tages wollen sollte, könnte sie dies wahrscheinlich gar nicht mehr durchsetzen. Wer die Siedlungen in dieser Zahl und dieser Größe zuließ, der mußte wissen, daß er damit Fakten schuf, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Die früheren Siedlungen auf dem Nordsinai und am Roten Meer, die bei der Rückgabe des Sinai an Ägypten geräumt werden mußten, waren eine Kleinigkeit und unter etwas Lärm und hohen Entschädigungszahlungen leicht aufzulösen, aber die Siedler auf der Westbank sind alle bis an die Zähne bewaffnet; wer sich vorzustellen versucht, die Armee werde sie eines Tages im Auftrag der Regierung zurück ins Stammland Israel zwingen wollen, der weiß, daß dies Bürgerkrieg bedeuten würde. Es ist nicht möglich, Tausende von Menschen in unzähligen Siedlungen, darunter so großen wie Kiryat Arba bei Hebron oder Ma'ale Adumim auf einer Anhöhe zwischen Jerusalem und dem Toten Meer, wieder aufzulösen. Wenn es die ersten Toten unter den Siedlern gegeben haben wird, wird das Räumungsunternehmen auf jeden Fall gestoppt. Hinzu kommt, daß Israel Ostjerusalem bereits annektiert hat und daß es diese Annexion noch viel weniger rückgängig machen wird; ein palästinensischer Staat aber ohne Ostjerusalem als Hauptstadt – wenigstens in einer symbolischen Form – ist eine für die Araber so demütigende Vorstellung, daß keiner ihrer Politiker dies überleben würde. Es grenzt ohnehin an ein Wunder, daß Arafat, der Israel so weit entgegenkam, weil er die letzte Chance für eine Friedensregelung auf der Grundlage eines Gebietskompromisses sich nähern sah, noch nicht umgebracht wurde. Dies und die Tatsache, daß die Intifada von palästinensischer Seite bisher kalkuliert gewaltfrei bzw. mit der klug berechneten Gewalt der Steine geführt wurde, deuten auf eine starke politische Disziplin und ein gereiftes politisches Bewußtsein der palästinensischen Seite. Sollten die Inti-

fada und die gegenwärtige PLO-Position nichts bringen, sich also nicht in einen konstruktiven Dialog verwandeln lassen, so wird Arafat nicht zögern, das Ruder wieder herumzuwerfen. Die Palästinenser aber würden dann in eine Hoffnungslosigkeit zurückfallen, die sich in verzweifelter Gewalttätigkeit äußern könnte.

Es ist schon so, wie Naif im Café in Ramallah sagte: »Das ist die Situation hier zwischen Juden und Arabern: ähnlich wie zwei, die auf dem Dach stehen, fest umschlungen. Sie werden zusammen vom Dach fallen, oder sie sind vorsichtig. Wie zwei Esel an einer Karre: wenn sie toben, werden sie sich Hals und Beine brechen, denn sie kleben zusammen.« (Amos Oz: *Im Lande Israel*) Was hier in Palästina/Israel möglich ist, ist nicht vernünftig. Und was vernünftig wäre, scheint nicht möglich. Hoffentlich täusche ich mich.